

II-1945 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10631J

1991-05-14

A N F R A G E

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Dr. Müller, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

betreffend Renovierung des faschistischen Siegesdenkmals in Bozen

Verschiedenen in- und ausländischen Medien ist zu entnehmen, daß der italienische Staat (Denkmalamt) derzeit mit erheblichen Mitteln (230 Millionen Lire) das faschistische Siegesdenkmal in Bozen renoviert. Dies stößt vornehmlich bei der deutsch- und ladinischsprachigen, aber auch bei erheblichen Teilen der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols auf Unverständnis und Ablehnung. Der seit Frühjahr 1990 bestehende Plan der Renovierung wurde nach Verhandlungen zwischen der Südtiroler Landesregierung und dem zuständigen Ministerium in Rom zurückgestellt - eine gemeinsame Kommission sollte über die weitere Zukunft des Bauwerks beraten. Die Kommission hat aber bis heute nicht getagt, weil die von Rom bzw. dem Denkmalamt in Verona zu entsendenden Mitglieder noch nicht nominiert wurden. Ende April 1991 wurde mit den Renovierungsarbeiten begonnen.

Es ist nicht begründbar, daß in einer Zeit, in der Denkmäler einer totalitären Vergangenheit in vielen Staaten Europas fallen, dieses Denkmal einer überwunden geglaubten Vergangenheit der brutalen Unterdrückung der Südtiroler im faschistischen Italien in neuem Glanz erstrahlen soll.

Aus der Schutzmachtfunktion Österreichs heraus erachten es die unterzeichneten Abgeordneten für notwendig, im Geiste eines friedlichen und demokratischen Europa, das die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Staaten und Regionen anstrebt, (vielleicht auch ungewollte) Zeichen und Symbole zu verhindern, die der Sorge nationaler Minderheiten Nahrung geben und zu einer vermeidbaren Aufschaukelung von Emotionen führen können. Die Not-

- 2 -

wendigkeit einer Politik der Vernunft und des Verständnisses wird nicht zuletzt durch das besorgniserregende Anwachsen der rechtsradikalen MSI bei den Wahlen belegt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind von Seiten Ihres Ministeriums in dieser Angelegenheit mit der Republik Italien bereits Gespräche geführt worden?
2. Wenn ja, wie lautete die Begründung Italiens für diese Vorgangsweise?
3. Wenn nein, sind Sie bereit, in Gesprächen das Interesse der Schutzmacht Österreich an einer umgehenden Arbeitsaufnahme der am 13.6.1990 vereinbarten Kommission mit Nachdruck zu bekunden?